

— Neue Perspektiven für die industriesoziologische Forschung

Arbeit in der Industrie 4.0 – wachsender arbeitspolitischer Gestaltungsbedarf

Martin Kuhlmann

Industrie 4.0 ist gegenwärtig in aller Munde. Selten hat sich ein Thema so schnell in den maßgeblichen Diskursen von Wissenschaft, Politik und Verbänden ausgebreitet. Die Digitalisierung der Arbeitswelt schreitet auf der Basis von IuK-Technologien zwar schon seit Jahrzehnten voran. Derzeit wird mit Industrie 4.0 jedoch eine neue Phase der Technisierung ausgerufen – gar eine vierte industrielle Revolution. Technologieanbieter, Beratungsfirmen und Verbände scheinen darin übereinzustimmen, dass ein neuer Schub des Wandels nicht nur im industriellen Bereich sondern weit darüber hinaus bevorsteht. Das wirft Fragen auf: Worum geht es beim Thema Industrie 4.0? Was lässt sich im Hinblick auf den Wandel von Arbeit sagen und welche arbeitspolitischen Herausforderungen stellen sich? Und schließlich: Welche Perspektiven eröffnet das Thema Industrie 4.0 für die Arbeitsforschung?

Industrie 4.0 – erweiterte technische Möglichkeiten

Industrie 4.0 ist derzeit zwar noch ein Zukunftsbild, in den ingenieurwissenschaftlichen Diskursen und bei den Ausrüstern zeichnet sich jedoch eine klar kontu-

rierte Leitidee ab. Die Digitalisierung und Informatisierung von Maschinen und Anlagen, Leistungserstellungsprozessen sowie Produkten soll massiv vorangetrieben werden und eine Vernetzung zu „cyberphysischen Produktionssystemen“ (CPPS) erfolgen.

Inhalt:

Schwerpunkt Industrie 4.0:	Arbeit in der Industrie 4.0 – wachsender arbeitspolitischer Gestaltungsbedarf	1
Aus den Projekten:	Arbeitsbewusstsein und Gesellschaftsbild revisited	7
	eLabour – ein neues Zentrum für IT-basierte, qualitative Forschung in der Arbeitssoziologie	12
	Re-InVEST: Sozialinvestition nach der Krise	15
Promotionen am SOFI:	Wie beeinflussen Institutionen die Weiterbildungsbeteiligung Älterer?	11
Kommentar:	Schwere Zeiten für die „Energiewende von unten“?	13
Tagungen:	Gemeinsame Tagung von DGS-Sektion Sozialindikatoren und Verbund soeb 3	14
	Mini-Konferenz des Verbunds soeb 3 auf der SASE-Jahrestagung in London	17
Veröffentlichungen:	Beschäftigte zwischen Legitimitätsglauben und Ungerechtigkeitsempfinden	6
	Veröffentlichungen von SOFI-MitarbeiterInnen	18
Tagungsankündigung:	Drittes Werkstattgespräch des Verbunds soeb 3: Sozioökonomische Entwicklung in Deutschland: Kontinuität, Wandel, Umbruch?	18
Neues aus dem SOFI:	SOFI-Direktorium erweitert	3
	Personalia	20
	SOFI-Forschungskolloquium	20
Impressum		4



Smartphones und Tablets in der Fertigung: Apps erhöhen Transparenz und dezentrale Steuerungsmöglichkeiten

Das Internet, neue funkbasierte Datenübertragungstechnologien und mobile Computer haben die Möglichkeiten des Datenaustausches und der Kommunikation massiv erweitert. In Verbindung mit immer leistungsfähigeren, kompakteren und robusteren Datenverarbeitungssystemen sowie neuartigen Sensoren und Aktoren (z.B. Leichtbauroboter) entstehen Netzwerke, die in der Lage sind, in Echtzeit und über große räumliche Distanzen hinweg zu kommunizieren und ein sprunghaft ansteigendes Datenvolumen zu speichern und zu analysieren (Big Data).

CPPS erweitern dabei nicht nur die Möglichkeiten der zentralen, sondern auch der dezentralen Steuerung und Automatisierung von betrieblichen Prozessen. Neben der zunehmenden vertikalen Integration von Produktentwicklung, Herstellung, Vertriebsfunktionen und Logistikprozessen werden auch die horizontalen Prozesse über Betriebs- und Unternehmensgrenzen sowie räumliche Distanzen hinweg informationstechnisch vernetzt. Digital identifizierbare Produkte und sogar

einzelne Komponenten sind in der Lage, Daten selbst zu verarbeiten, was die Transparenz und Steuerungsfähigkeit von Wertschöpfungsnetzwerken erhöht und es ermöglicht, Daten über den Produktlebenszyklus hinweg zu nutzen und in neuen Formen mit Kunden zu kommunizieren.

Auf dem Weg hin zu einer Industrie 4.0 halten aber schon gegenwärtig eine Vielzahl weiterer Technologien Einzug in die Betriebe: mobile Endgeräte (Tablets, Smartphones) mit immer umfangreicheren und situativ gestaltbaren Software-Anwendungen (Applikationen), kollaborationsfähige Leichtbauroboter, Datenbrillen oder smarte Kleidung, sowie zunehmende Möglichkeiten der virtuellen Modellbildung und Simulation von Prozessen. Augmented-Reality-Anwendungen erweitern die Möglichkeiten des Einsatzes von Assistenzsystemen. In den Montagen breiten sich Werkerinformationssysteme aus, die die Variantenvielfalt moderner Montagesysteme überhaupt erst beherrschbar und prozesssicher machen. Zugleich ermöglichen sie ein neues Niveau der Steuerung

und Kontrolle menschlicher Arbeitsprozesse. Bestehende EDV-Systeme und Datenbestände (CAD, PPS, Lagerverwaltung) werden mit Geschäftsprozesssoftware und Managementinformationssystemen (SAP, ERP, MES) verknüpft.

Erste Hinweise aus am SOFI durchgeführten Fallstudien zeigen, dass bei betrieblichen Praktikern und Geschäftsführungen von Anwenderbetrieben zwar eine erhebliche Skepsis bezogen auf den Hype rund um das Thema Industrie 4.0 herrscht. Die fortschreitende Digitalisierung von Prozessen und Produkten, die zunehmende informatorische Durchdringung und Vernetzung von Abläufen und die Nutzung von Industrie-4.0-Technologien ist in den meisten Betrieben jedoch eine Selbstverständlichkeit. Allerdings gehen die Akteure bei der Weiterentwicklung ihrer Leistungserstellungsprozesse, anders als teilweise vermutet wird, ganz überwiegend nicht von disruptiven, sondern eher von evolutionären Prozessen aus. Auch wenn die neuen technologischen Potentiale unter dem Gesichtspunkt ihrer Praxistauglichkeit und

Wirtschaftlichkeit mitunter auch kritisch gesehen werden und die Etablierung von Standards sowie die Gewährleistung von Datensicherheit im Zuge einer fortschreitenden Informatisierung und Vernetzung teilweise noch ungeklärt ist, besteht dennoch wenig Zweifel, dass der Prozess der Digitalisierung der Arbeitswelt gegenwärtig eine Beschleunigung erfährt.

Industrie 4.0 und Arbeit – Kontroversen und Problemlagen

Beim Thema Industrie 4.0 werden bislang vor allem die technologischen Möglichkeiten hervorgehoben. Anders als in der CIM-Debatte der 1980er Jahre betonen die Protagonisten mittlerweile zwar, dass der Mensch in cyber-physischen Produktionssystemen keineswegs überflüssig wird, sondern spezifisch menschliche Fähigkeiten wie erfahrungsbasiertes Handeln, situativ angepasster Umgang mit Komplexität und unvorhersehbaren Ereignissen oder kreative Problemlösekompetenzen unverzichtbar bleiben. Zudem beginnt sich die Erkenntnis zunehmend durchzusetzen und in der Forschungsförderung niederzuschlagen, dass Technologieentwicklung sowohl in der Phase der Entstehung als auch der betrieblichen Umsetzung soziale Voraussetzungen und Folgen hat und der arbeitspolitischen Gestaltung daher eine wachsende Bedeutung zukommt. Dennoch beginnt die Diskussion darüber, wie sich die neuen technologischen Möglichkeiten arbeitspolitisch gestalten und nutzen lassen, erst allmählich. Zugleich machen die Kontroversen

rund um das Thema Industrie 4.0 und Arbeit ein Dilemma deutlich: Es fehlt bislang an empirisch gesicherten Befunden zur Abschätzung von Risiken und Chancen, schon jetzt lassen sich jedoch einige Kontroversen und Problemlagen benennen.

(1) *Beschäftigungsfolgen:* Gegenstand von Kontroversen ist zunächst, in welchem Umfang und in welchen Arbeitsmarktsegmenten mit einem Rückgang von Beschäftigung zu rechnen ist. Während die Protagonisten von Industrie 4.0 Konzepten davon ausgehen, dass die Bedeutung qualifizierter Arbeit eher zunehmen werde, da die Entwicklung und produktive Nutzung der Systeme nicht ohne Expertenwissen möglich sei, betonen insbesondere angelsächsische Autoren, dass ein erheblicher Beschäftigungsabbau bei einfachen,

aber auch im Bereich der mittleren Qualifikationen bevorstehe. Beschäftigungsrisiken könnten nicht nur im Angelernten-Bereich zunehmen, sondern aufgrund von Polarisierungstendenzen auch die mittlere Qualifikationsebene der Facharbeits- und Fachangestelltentätigkeiten bedrohen. Vermutet wird, dass die Digitalisierung gerade im industriellen Sektor aufgrund gesteigerter Möglichkeiten der Automatisierung komplexer Abläufe und der Formalisierung von Entscheidungsprozessen zukünftig auch Tätigkeiten ersetzen könnte, bei denen Fachwissen bisher eine große Rolle gespielt hat. Einiges spricht dafür, dass sich eine negative Beschäftigungsbilanz nur dann vermeiden lässt, wenn es zur Entwicklung und Durchsetzung neuer, beschäftigungsgenerierender Geschäftsmodelle kommt.



Kollege Roboter: noch auf der Ersatzbank

SOFI-Direktorium erweitert – Verbindungsprofessur mit der Universität erneuert – Neue Geschäftsführung

Das Direktorium des SOFI besteht seit Ende März 2015 wieder aus drei Personen. Auf der Mitgliederversammlung vom 21. März wurde Nicole-Mayer-Ahuja zur Direktorin gewählt. Als Lehrstuhlinhaberin für Soziologie mit den Schwerpunkten Arbeit, Unternehmen und Wirtschaft, erneuert sie die Verbindungsprofessur zwischen dem SOFI und dem Fachbereich Sozialwissenschaften der Georg-August-Universität. Ihr Arbeitsschwerpunkt im SOFI-Direktorium ist die kontinuierliche Pflege und Stärkung der Kooperation zwischen SOFI und Universität, die seit Gründung des Instituts eine wichtige und vielfach bewährte Grundlage der SOFI-Forschung ist.

Eine weitere Veränderung im SOFI-Direktorium: Der neue geschäftsführende Direktor ist Berthold Vogel. Er löst Jürgen Kädtler ab.

(2) *Anforderungswandel*: Gegensätzliche Vermutungen gibt es auch bezogen auf die im Zuge der Umsetzung von Industrie-4.0-Lösungen verfolgten arbeitsorganisatorischen Strategien und die daraus resultierenden Arbeitssituationen und Arbeitsanforderungen. Führen hierarchisch zentralistische Ansätze aber auch dezentrale Selbststeuerungskonzepte in Verbindung mit informationstechnisch getriebenen Automatisierungen zu einer stärkeren Formalisierung von Abläufen sowie erhöhter Fremdsteuerung und Kontrolle der Beschäftigten? Oder ermöglichen verbesserte Assistenzsysteme sogar eine Erweiterung dezentraler Handlungsspielräume der Beschäftigten? Aufgrund der fortschreitenden Vernetzung

und erweiterten Kommunikationsmöglichkeiten besteht zumindest die Möglichkeit, dass dem Prozesswissen der Beschäftigten und der Kooperation über Fach-, Hierarchie- und Organisationsgrenzen hinweg zukünftig eine größere Bedeutung zugemessen werden könnte. In qualifikatorischer und bildungspolitischer Hinsicht wird viel davon abhängen, in welchem Ausmaß Betriebe Strategien verfolgen, die auf wenige Experten in Schlüsselpositionen setzen, oder ob Organisationskonzepte einer breit verteilten Intelligenz favorisiert werden.

(3) *Systemgestaltung*: Umstritten ist nicht nur die Frage, wie groß die organisatorischen Gestaltungsspielräume

bei der Entwicklung und Umsetzung von Industrie 4.0-Lösungen sind. Ungeklärt und zugleich von erheblicher Bedeutung ist auch, welche Rolle erweiterte Formen der Beteiligung und aktiven Mitgestaltung der Beschäftigten bei Problemlöseprozessen sowie bei der Weiterentwicklung der Systeme spielen. Reichweite und Komplexität der entstehenden Systeme dürften sich dabei als eine Hürde für Beteiligungsprozesse erweisen. Offen ist, wie arbeitsbezogene Wirkungen bereits bei der Systemgestaltung berücksichtigt werden können. Zu klären wird sein, in welchem Umfang und auf welchen Wegen es gelingen kann, hierbei das Erfahrungswissen der Beschäftigten einfließen zu lassen.



„Digitale Werkerführung“ in der Montage – Wer denkt? Wer lenkt?

(4) *Umgang mit Transparenz*: Unstrittig ist, dass die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt ein deutlich höheres Maß an Transparenz zur Folge hat. Erhöhte Transparenz und ihre Nutzung zur Absicherung, Selbststeuerung und Optimierung von Prozessen ist eine der Triebkräfte der Entwicklung und Nutzung von Industrie-4.0-Technologien. Dies birgt, wie die intensiv geführte Diskussion zum Thema Datensicherheit zeigt, auch für die Unternehmen erhebliche Risiken. Die zunehmenden Möglichkeiten der Überwachung werden aber auch von den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen als Gefahr gesehen. Ob und wie sich angesichts dieser Problematik die wirtschaftlichen Potentiale einer erhöhten Transparenz bei der Prozessbeherrschung und Optimierung nut-

Impressum

Herausgeber: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität, Friedländer Weg 31, 37085 Göttingen, Tel.: (0551) 52205-0, E-Mail: sofi@sofi.uni-goettingen.de, Internet: <http://www.sofi.uni-goettingen.de>

Redaktion: Klaus-Peter Buss, Jürgen Kädtler, René Lehweiß-Litzmann, Rüdiger Mautz, Berthold Vogel

Fotos: S. 2: PSIPENTA Software Systems GmbH/Thinkstock; S. 3: Ralf Roletschek, Fahrradtechnik und Fotografie (Wikimedia Commons: <https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/aa/13-06-28-robocup-eindhoven-067.jpg>); S. 4: Dickdavid (Wikimedia Commons: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Industrie_4.0_Informationmanagement.png?uselang=de); S. 5: Fraunhofer-Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik, Jena; S. 7: Wikimedia Commons (<https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:RobertFuddBewusstsein17Jh.png>); S. 8: Wikimedia Commons (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1895-Dictionary-Phrenolog.png>); S. 9: Wikimedia Commons (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PhrenologyPix.jpg>); S. 10: Wikimedia Commons (https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/8d/PhrenologyPix_CroppedUpperFront.jpg); S. 11: pixabay; S. 13: Sander. v. Ginkel (Wikimedia Commons: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:NK_Tegenwindfietsen_2014.JPG); S. 14: Herbert Reichart Germany (Wikimedia Commons: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PV_Anlage_60_kw.jpg?uselang=de); S. 15: Re-InVEST; S. 16: Alliances to fight poverty; S. 17: Umezo Kamata (Wikimedia Commons: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:LSE_main_entrance.jpg)

Die *Mitteilungen aus dem SOFI* sind auf der Website des SOFI (www.sofi.uni-goettingen.de) als PDF-Download erhältlich und können in ihrer gedruckten oder digitalen Fassung per Mail abonniert werden. Archiv der Mitteilungen: <http://www.sofi-goettingen.de/index.php?id=779>.

zen lassen, und in welchem Ausmaß Betriebe eine Arbeitspolitik verfolgen, die nicht die Überwachung der Beschäftigten in den Vordergrund rückt, sondern diese in die Lage versetzt, Leistungserstellungsprozesse selbst zu kontrollieren, ist gegenwärtig schwer einzuschätzen.

Industrie 4.0 – wachsender arbeitspolitischer Gestaltungsbedarf

Angesichts dieser sich abzeichnenden Problemlagen sind nicht nur die betrieblichen Akteure, sondern auch Politik und Verbände gut beraten, sich mit den Gestaltungsoptionen und möglichen Wirkungen einer fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt auseinanderzusetzen. In den von uns im Rahmen von Fallstudien besuchten Betrieben deutet sich zumeist sogar ein zunehmender arbeitspolitischer Gestaltungsbedarf an.

Ein Beitrag der sozialwissenschaftlichen Arbeitsforschung zu dieser Diskussion liegt darin, auf die Gestaltbarkeit technischer Lösungen hinzuweisen. Arbeitswirkungen resultieren nicht aus einer Eigenlogik der Technik, sondern aus den mit Technikenutzung verschränkten und in die Gestaltung von Technologien eingegangenen Leitbildern und arbeitspolitischen Gestaltungsoptionen. Für die Arbeitssoziologie bedeutet dies, dass die Erforschung von Gestaltungsmöglichkeiten und die Mitwirkung bei Entwicklungsvorhaben angesichts der sich gegenwärtig beschleunigenden Digitalisierung der Arbeitswelt wichtiger werden. Inter- und Transdisziplinarität, insbesondere von Technik- und Sozialwissenschaften, dürften an Bedeutung gewinnen: nicht nur bei der Gestaltung zukünftiger Arbeitswelten, sondern auch, wenn es um die Analyse und Abschätzung der arbeitsbezogenen und sozialen Wirkungen des bevorstehenden Technisierungsschubes geht. Es bleibt abzuwarten, welche neuen Erkenntnisse die – auch im SOFI – gerade anlaufende Forschung rund um das Thema Industrie 4.0 erbringt. Schon



Zentral für die Entwicklung von Industrie 4.0: funktionierende Minister-Maschine-Schnittstelle M2M – (Bundewirtschaftsminister Gabriel mit Datenbrille)

jetzt erscheint es jedoch ratsam, an zentrale Befunde der bisherigen Arbeitspolitikforschung zu erinnern:

(1) Für die Prozessbeherrschung und produktive Nutzung hochautomatisierter Produktionssysteme ist es notwendig, fundierte und thematisch breite Fachkenntnisse mit Erfahrungswissen zu kombinieren, das über den praktischen Umgang mit solchen Systemen erworben und reproduziert wird. Breite Handlungsspielräume, gute Kooperationsmöglichkeiten und lernförderliche Arbeitsbedingungen sind eine wichtige Voraussetzung hierfür.

(2) Die Entwicklung und Nutzung der Qualifikationen und Kooperationsfähigkeit der Beschäftigten sowie ihrer Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung von Produktions- und Arbeitsabläufen sind wichtige Produktivitäts- und Innovationsressourcen.

(3) Betriebliche Problemlöse- und Optimierungsprozesse erfordern bereichs- und hierarchieübergreifende Zusam-

menarbeit. Die Kollaborationsfähigkeit in und zwischen Betrieben wächst mit weniger stark hierarchisierten Kooperationsformen und Kommunikationsstrukturen.

(4) Unterschiedliche Interessenlagen sind ein allgegenwärtiger Bestandteil der Arbeitswelt und dürften daher auch bei der Entwicklung und Realisierung von Industrie-4.0-Lösungen eine erhebliche Rolle spielen. Betriebliche Arbeitspolitik steht vor der Aufgabe, diese Interessendivergenzen im Sinne einer kooperativen Konfliktbewältigung auszutarieren und sie zum Antrieb der Suche nach neuen, kreativen Lösungen zu machen.

Der gegenwärtige Hype rund um das Thema Industrie 4.0 bietet die Chance, signalisiert aber auch die Notwendigkeit, arbeitspolitische Fragen zum Gegenstand öffentlicher Debatten zu machen und könnte sich als wichtige Herausforderung für die Arbeitssoziologie erwei-

sen. Aus arbeitssoziologischer Sicht spricht vorerst zwar wenig für radikale Umbrüche, jedoch viel für eine Diskussion verschiedener arbeitspolitischer Szenarien bei der Entwicklung und Umsetzung von Industrie-4.0-Technologien.

Andererseits ist eine zu enge Fokussierung auf Industrie 4.0 oder Digitalisierung zu vermeiden. Problematisch ist, dass breitflächig aussagefähige, empirische Bestandsaufnahmen betrieblicher Arbeits- und Organisationsstrukturen, die zugleich die je spezifischen Handlungsbedingungen sowie Entwicklungsdynamiken einzelner Branchen oder Tätigkeitsfelder bilanzieren, in der Arbeits- und Industriesoziologie mittlerweile selten geworden sind. Während der Bedarf für solche Analysen eher größer wird, sind methodische Fragen teilweise nach wie vor ungeklärt – und die derzeitige Förderlandschaft zeigt wenig Bereitschaft, derart breite und notwendigerweise längerfristig angelegte Projektvorhaben zu finanzieren.

Aktuelle Studie zum Arbeitsbewusstsein Beschäftigte zwischen Legitimitätsglauben und Ungerechtigkeitsempfinden



**Nick Kratzer, Wolfgang Menz,
Knut Tullius, Harald Wolf:**

**Legitimationsprobleme
in der Erwerbsarbeit.
Gerechtigkeitsansprüche
und Handlungsorientierungen
in Arbeit und Betrieb.**

*(Forschung aus der Hans-Böckler-
Stiftung, Bd. 173)*

**edition sigma in der Nomos Verlags-
gesellschaft, 438 S., kt. 34,90 €**

ISBN: 978-3-8487-2338-6

Erscheinungstermin: Oktober 2015

Die Frage nach Legitimität oder Ablehnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems stellt sich heute mit erneuter Schärfe. Schien dessen Akzeptanz noch vor wenigen Jahren weitgehend ungebrochen, so sind die Verheißungen der neoliberalen Markterzählung, die jene Akzeptanz begründen sollte, inzwischen zusehends verblasst. Die Legitimität des Kapitalismus beruht nicht nur auf einer ökonomischen „Moral“, sondern benötigt eine passende „moralische Ökonomie“ (Thompson 1971) – das heißt, sie ist auf nicht-ökonomische Normen der sozialen Einbettung angewiesen. Welche Normen aber sind das genau? Kann sich der Kapitalismus auch nach den großen Krisen der letzten Jahre noch auf sie stützen? Oder erwächst aus ihnen ein kritisches Potenzial, das die weiteren Entwicklungen beeinflussen könnte? Dies sind Fragen, die in einer aktuellen, gemeinsam von Wissenschaftlern des SOFI und des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF) veröffentlichten Studie diskutiert werden.

Angesichts einer wissenschaftlichen Debatte, die sich in den letzten Jahren vor allem auf die „objektiven“ Aspekte von Einbettungs- und Legitimations-

prozesse bzw. von Entbettungs- oder Delegitimierungstendenzen im Gegenwartskapitalismus konzentrierte, wird eine möglichst genaue, intensive und empirisch gehaltvolle Betrachtung des „subjektiven Faktors“ umso wichtiger: eine Untersuchung der Ansprüche, Orientierungen und Motivlagen der Akteure. Die hier in Buchform vorgelegte empirische Studie zielt auf die Identifikation subjektiver Legitimitätsquellen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und fragt nach Konstellationen und Situationen, in denen Legitimitätsglaube und Akzeptanz in Ungerechtigkeitsempfinden und Kritik umschlagen.

Für die Autoren reduziert sich die Frage nach der Legitimität des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die ihm Unterworfenen nicht auf die Erhebung von Einstellungen. Vielmehr fragen sie nach dem praktischen Bewusstsein und den Handlungsorientierungen, in denen sich die Ansprüche von Beschäftigten an Erwerbsarbeit ausdrücken. Wer Ansprüche sagt, der muss auch Gerechtigkeit, Rechtfertigung und Legitimität sagen. Derart „pragmatisch“ gefasst und empirisch untersucht lassen sich durch eine erwerbsarbeits-

bezogene Anspruchsanalyse „von unten“ profunde Erkenntnisse über zeitdiagnostisch und gesellschaftspolitisch relevante Sachverhalte gewinnen. So greifen die Autoren die Frage auf, wie tief ein „Neuer Geist des Kapitalismus“ (Boltanski/Chiapello) auch im Bewusstsein der Beschäftigten bereits verankert ist und auf welche normativen Begründungen von Kritik Beschäftigte heute zurückgreifen.

Weitere für das gegenwärtige Arbeitsbewusstsein grundlegende Fragen werden in dem Buch in differenzierter Weise behandelt: Inwieweit führen die in der Erwerbsarbeit erfahrenen Anspruchsverletzungen dazu, dass Beschäftigte die Legitimität der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung in Frage stellen? Unter welchen Bedingungen veranlasst Ungerechtigkeitsempfinden in der Erwerbsarbeit zu interessenpolitischer Aktivierung?

Die Studie macht deutlich, wie vielfältig Gerechtigkeits- und Rationalitätsansprüche an Erwerbsarbeit heute sind und welche Gerechtigkeitskonflikte und Legitimationsprobleme für die Arbeits- und Beschäftigungsordnung erwachsen können, sofern diese Ansprüche von den Beschäftigten mit Nachdruck eingefordert werden. Dabei werden legitimatorische Bruchstellen sichtbar. Unter anderem zeigen sich eine beachtliche Beharrungskraft und Legitimität eines primär aufwandsbezogenen Leistungsbegriffs. Anders als der neoliberale Marktdiskurs impliziert, finden erfolgs- oder marktbezogene Prinzipien für eine „gerechte“ Leistung im moralischen Anspruchshaushalt von Beschäftigten keinen handlungsorientierenden Niederschlag.

Ausgehend von den empirischen Befunden diskutieren die Autoren abschließend weiterreichendegesellschaftliche wie politische Entwicklungstendenzen sowie damit verknüpfte wissenschaftliche Forschungsperspektiven.

Was bewegt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

Arbeitsbewusstsein und Gesellschaftsbild revisited

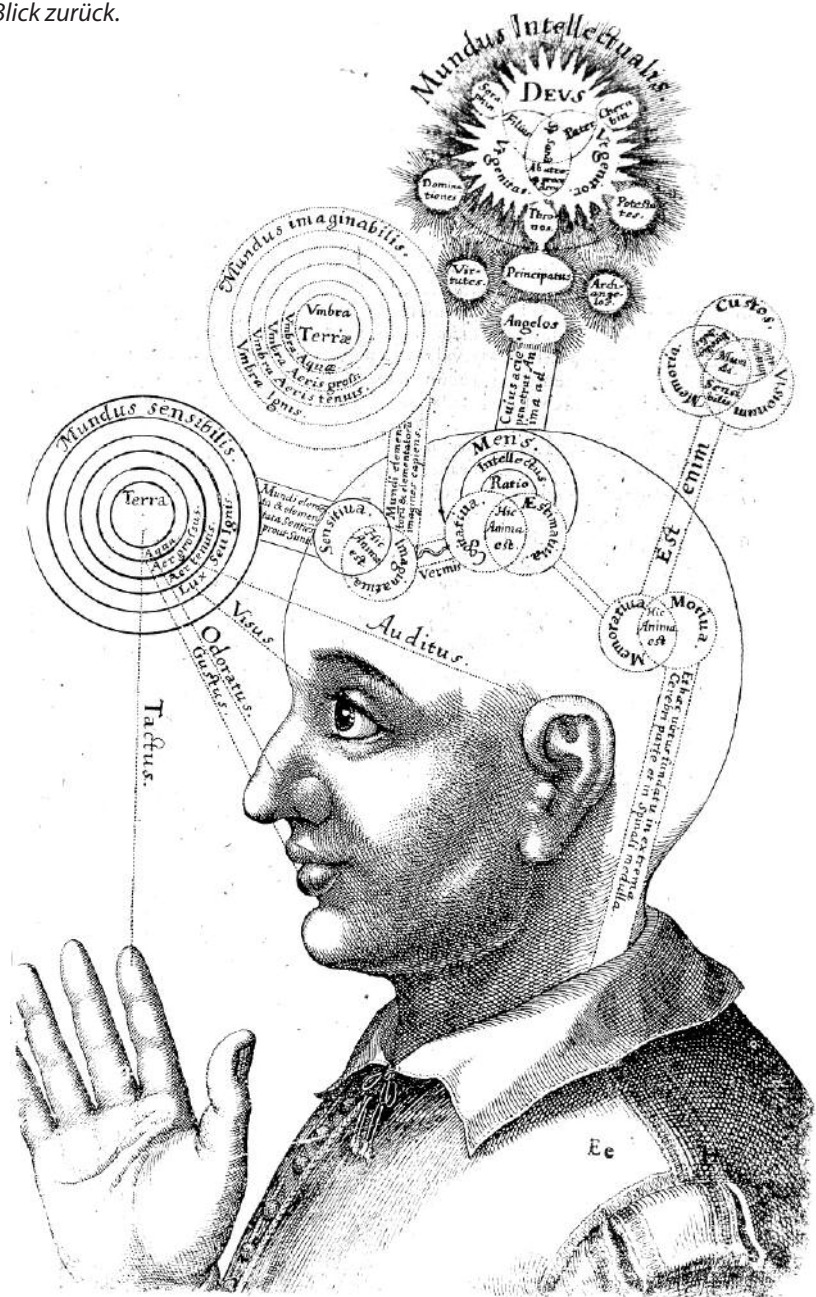
Harald Wolf

Beim folgenden Beitrag handelt es sich um eine gekürzte Fassung des Einleitungsvortrags zur vierten SOFI-Tagung „Work in Progress“, die - dieses Mal in Kooperation mit dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München und mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung - im März dieses Jahres in Göttingen stattfand. Die Themen und Befunde, die auf dieser Tagung diskutiert wurden - der Problemkomplex von Arbeitsbewusstsein, Gesellschaftsbild, Handlungsorientierungen und -potenzialen von ArbeitnehmerInnen - standen schon einmal stärker im Rampenlicht der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte. Das war im Zeichen einer ersten großen Welle industriesoziologischer Bewusstseinsforschung, die der Beitrag ins Gedächtnis ruft. Mit der Tagung war der Versuch verbunden, diesen Problemkomplex wieder mehr ins Rampenlicht zu rücken. Es hat sich in den letzten Jahren so etwas wie eine „neue Welle“ von Bewusstseinsforschung formiert, der ein Diskussionsforum geboten wurde. Doch bevor einige Merkmale dieser neuen Welle skizziert werden, zunächst ein kurzer Blick zurück.

**Die erste Welle:
„Alte“ Bewusstseinsforschung**

Wenn wir auf die Geschichte der Frage nach dem Arbeitsbewusstsein und dem Gesellschaftsbild von Lohnabhängigen zurückblicken, dann ist zunächst daran zu erinnern, dass für die Soziologie die subjektiven Quellen von Akzeptanz und Legitimität wie auch von Kritik und Ablehnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems von Anfang an ein wichtiges Thema waren. Von den Klassikern waren es Weber und Marx, die die Bedeutung von Bewusstseinsformen für Entstehung wie Weiterentwicklung des modernen Kapitalismus besonders hervorhoben. Während Weber sich vor allem für die Rolle religiöser Weltbilder und Handlungsorientierungen (Stichwort: „protestantische Ethik“) bei der Herausbildung moderner Wirtschaftsstrukturen und den kapitalistischen „Geist“ interessierte, galt die Aufmerksamkeit von Marx eher den Bedingungen, der Eigenart und den möglichen Auswirkungen kapitalismuskritischer Orientierungen, also gleichsam dem Geist des Antikapitalismus und dessen sozialen Trägergruppen, vor allem der Arbeiterklasse und ihrem Klassenbewusstsein.

Es war diese Marx'sche Frage nach dem Arbeiterbewusstsein als Klassenbewusstsein und der Arbeiterklasse als gesellschaftsgestaltender Kraft, die von der Industriosozologie als Frage nach der Integration oder der Verbürgerlichung der Arbeiterklasse und nach ihrem politischen Handlungspotential nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegrif-



Frühe Bewusstseinsforschung: in empirischen Einzelstudien kaum einholbare Komplexität des Gegenstands (Robert Fludd: Geist und Bewußtsein, 17. Jahrhundert).

fen und in empirische Forschung umgesetzt wurde. Und im Kontext der Renaissance des Marxismus in den 1960er und 1970er Jahren hatte für eine kurze Phase eine politisch hoch „aufgeladene“ und theoretisch ambitionierte „Arbeiterbewusstseinsforschung“ Hochkonjunktur. Die wichtigsten deutschen Adressen, die hier zu nennen sind, sind neben dem SOFI Göttingen die Erlanger Gruppe um Kudera, die Berliner Projektgruppe um Bierbaum sowie die Vertreter von Ansätzen einer „relativen Autonomie“ subjektiver Deutungsmuster. Titel wie „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ – „Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern“, „Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise“ und natürlich „Das Gesellschaftsbild des Arbeiters“ von Popitz/Bahrdt u. a., der (bereits Ende der 1950er Jahre erschienene) Klassiker, machen die theoretisch wie empirisch weitreichenden Perspektiven dieser ersten Welle zur Genüge deutlich (vgl. Heil/Wolf 2013).

Der hohe Anspruch, den solche Titel ausstrahlen, ist aber bald – wie Thomsen das trocken ausdrückte – „an seiner [...] Uneinlösbarkeit gealtert“. Neben theoretischen Problemen war die in empirischen Einzelstudien kaum einholbare Komplexität des Gegenstands, den man anzielte, eine Crux: subjektive wie objektive Bestimmungs- und Strukturmomente einer gesellschaftlichen Großgruppe bzw. Klasse sollten in einem Zuge differenziert erfasst und in ihrer Handlungsrelevanz entschlüsselt werden. Aber auch das nachlassende (politische) Interesse am „Subjekt“ Arbeiterklasse war für das Verwaisen dieser Forschungsperspektive seit den 1980er Jahren verantwortlich.

Das arbeits- und arbeitnehmerInnenbezogene „Bewusstseinsthema“ war seither in den verschiedensten soziologischen Forschungszusammenhängen zwar „aufgehoben“. Einerseits hatte es sich gewissermaßen in Biografiefor-schung aufgelöst, wurde also noch stärker aufs Subjekt bezogen. Oder es lief in der arbeitssoziologischen „Routineforschung“ gleichsam mit, allerdings auf Einzelaspekte des „Arbeitsbewusstseins“ begrenzt. Im ersten Fall droht der Bezug zum Erfahrungszusammenhang der Arbeit verloren zu gehen, in beiden Fällen der Bezug zu den einmal anvisierten großen Fragen nach den politischen Handlungspotentialen oder nach gesellschaftlicher Stabilität und gesellschaftlichem Wandel.

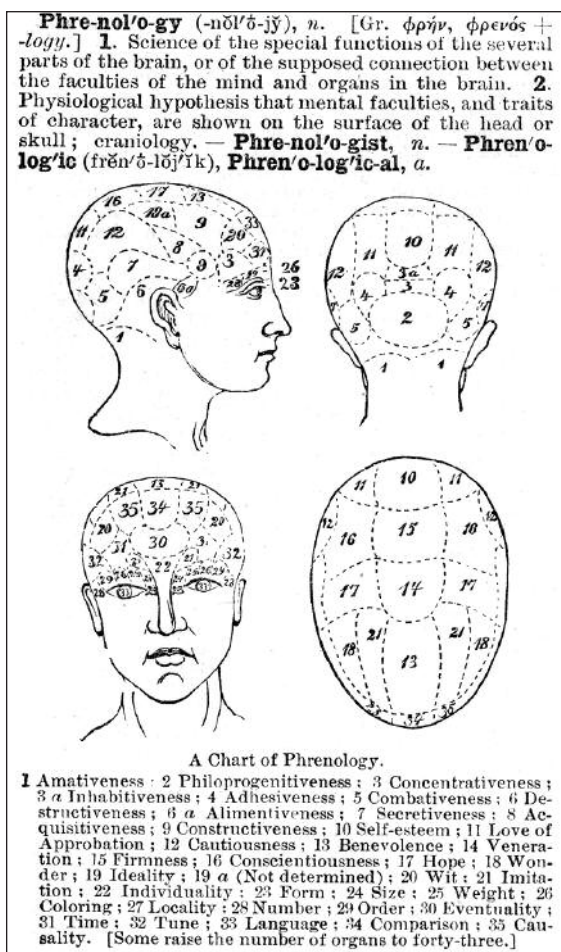
Dabei sehe ich zumindest zwei gute Gründe, an einigen Einsichten der ersten Welle festzuhalten. Zum einen hat man in Kritik an der Habermas'schen Behandlung der „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ (1970), der den Legitimationsdruck auf das System vollständig jenseits der Arbeitssphäre in der politischen Sphäre verortete, darauf insistiert, dass auch Arbeit und Betrieb im

Kapitalismus stets legitimationsbedürftig bleiben. Und zum anderen ist von der ersten Welle noch das Misstrauen gegenüber einer jeden Bewusstseinsforschung zu lernen, die sich – wie die gängige Meinungs- und Einstellungsforschung – allein auf's gesprochene Wort und das „diskursive Bewusstsein“ verlässt. Die Brücke zum realen Handeln und den konkreten Handlungsbedingungen und Erfahrungen, d.h. zum „praktischen“ und praktisch wirksamen Bewusstsein, muss man immer zu schlagen versuchen.

Was ist von den Befunden der ersten Welle noch präsent? Manches klingt schon in der Titelformel „Das Gesellschaftsbild des Arbeiters“ an: Im Mittelpunkt standen der männliche deutsche Fabrik- und Facharbeiter und dessen Leistungsbewusstsein – das auf Produzentenstolz, Körperlichkeit, Männlichkeit abhob. Es verband sich mit einer „Oben-Unten-Dichotomie“ des Gesellschaftsbildes. War die Unsicherheit der Lebenslage zunächst etwas, was die Wahrnehmung derer „da unten“ gemeinsam prägte, so hat sich das Thema Sicherheit im Verlauf der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung zwischenzeitlich entschärft. Nun war von „instrumentellen Orientierungen“ gegenüber der Arbeit, von politischer Integration und Konsumismus die Rede. Angesichts des Wandels der Wirtschaftsstruktur, mit Dienstleistungswachstum und „Feminisierung“ der Arbeitskraft, war das überkommene industrielle Leistungsbewusstsein dann wachsenden Verunsicherungen ausgesetzt.

Die neue Welle: Ansprüche an Arbeit, Ungerechtigkeit, Kritik

Die neue Welle findet in einer ganz anderen gesellschaftlichen Gesamtkonstellation statt. Die neuen Themen, Theorien und Forschungskonzepte sind auf diese Gesamtkonstellation bezogen bzw. neu auszurichten. Zur Kennzeichnung muss ich mich mit Stichworten wie Postfordismus, Neoliberalismus, Finanzmarktkapitalismus oder aktivierender Sozialstaat begnügen, die wichtige Strukturbrüche der Entwicklung seit den 1980er Jahren markieren. Formeln wie Flexibilisierung, Entgrenzung, Prekarisierung verweisen auf die neuen Zumutungen, wachsende Unsicherheiten, den wach-



Zwischen Hoffnung, Idealität, Verstand und individueller Entfaltung – Leerstelle 19a als Ort des Arbeitsbewusstseins? (Abbildung aus Webster's Dictionary, circa 1900).

senden materiellen Druck und gesellschaftliche Spaltungen, die zuletzt in der großen Wirtschaftskrise ab 2008 europaweit in gravierenden akuten Krisenbetroffenheiten kulminierten. Andere Formeln wie die von der Subjektivierung der Arbeit, dem „flexiblen Menschen“, dem Arbeitskraftunternehmer verweisen direkt auf neue subjektive Dispositionen und Orientierungen, die der geänderten Gesamtkonstellation entsprechen sollen. Zugleich wird „soziale Gerechtigkeit“ zum öffentlichen Dauerthema, und es formiert sich politischer Gegendruck: man erlebte einen Zyklus nun schon wieder abgeebbter weltweiter Proteste, die Forderungen nach wirklicher Demokratie und wirklicher Beteiligung stellten.

Die neue Welle der Bewusstseinsforschung steht vor diesem Hintergrund zunächst deutlicher im Zeichen weberianischer Konzepte. Die Weber'sche Frage nach dem Geist und den Legitimationsformen des Kapitalismus ist in den letzten Jahrzehnten deutlich neu belebt worden. Die Diagnose vom En-

de der Vorherrschaft alter Leitwerte und eines epochalen Leitbildwandels steht bekanntlich im Zentrum der Studie über den neuen Geist des Kapitalismus von Boltanski und Chiapello (2003). Dieser sei durch den Aufstieg der Ordnungsvorstellungen einer Projekt- und Netzwelt charakterisiert: durch die Umstellung auf anti-hierarchische, auf Autonomie, Kreativität und Vernetzung ausgerichtete Legitimationsfiguren.

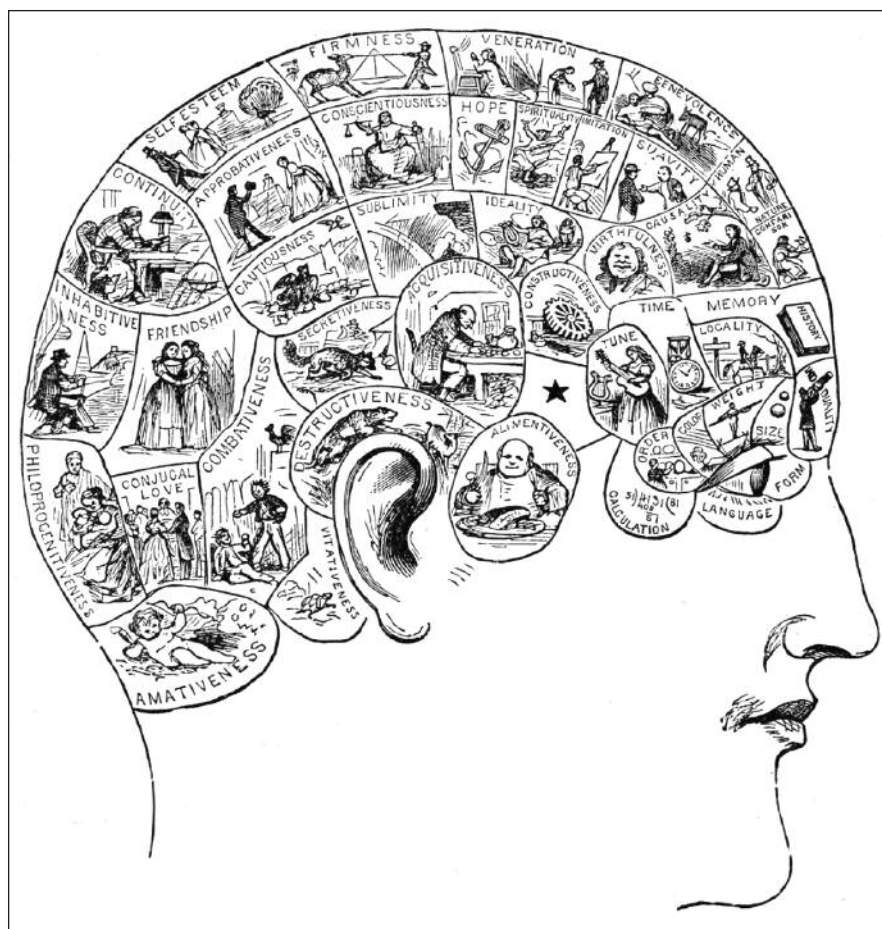
Die erwähnten Konzepte stehen im Rahmen einer „Soziologie der Kritik“, die an Legitimationspraktiken und Kritik im Alltagshandeln interessiert ist. Ebenfalls in diese Perspektive einer Soziologie kritischer Alltagspraktiken gehört die Wiederaufnahme der Ungerechtigkeitsproblematik durch Dubet (2008). Eine Soziologie der Kritik formuliert Annahmen darüber, wie Subjekte auf Geltung wie Missachtung ihrer Gerechtigkeitserwartungen reagieren: Sie können sich dabei – in der Konzeption von Boltanski/Thévenot (2007) – auf unterschiedliche normative Bezugssysteme

(„Rechtfertigungsordnungen“) berufen. Für eine solche Konzeption wird das Feld sozialer Praktiken – auch in der Erwerbsarbeit – zu einem Feld umkämpfter Gerechtigkeit und Rechtfertigung. So unterscheidet Dubet die drei Gerechtigkeitsprinzipien Gleichheit, Leistung und Autonomie, die er als normative Regulative von Arbeitsorganisationen betrachtet: Sie geben dem Handeln der Beteiligten wichtige Orientierungen und halten ihre Kritik an Arbeit und Betrieb in Gang.

Die Revitalisierung der Bewusstseinsforschung knüpft teilweise direkt an solche Vorschläge und Vorgaben an beim Versuch, die Bewusstseinsproblematik im Rahmen der neuen Gesamtkonstellation neu zu beleuchten und zu vermessen. Dazu dienen dann Analyse-kategorien wie normative Ansprüche, Gerechtigkeit oder Kritik. Bei solchen Analysedimensionen kann man aber auch aus anderen Richtungen ankommen, wie andere Beiträge zur neuen Welle zeigen, die ich noch kurz antippen will. Etwa vom gesellschaftstheoretischen Entwurf Honneths her, der den Begriff der Anerkennung als den übergreifenden Moralbegriff und die moderne Gesellschaft als Anerkennungsordnung fasst, in der Ungerechtigkeit empfunden wird, wenn Anerkennung ausbleibt.

Die Liste lässt sich fortsetzen. Etwa mit den Arbeiten des Jenaer Forscherteams um Dörre, das ausgehend vom Konzept kapitalistischer Landnahme nach widerständigen Bewusstseinsformen fahndet und dabei „auf eine Grundstruktur des Arbeitsbewusstseins gestoßen [ist], die sich in der Formel ‚guter Betrieb schlechte Gesellschaft‘ zusammenfassen lässt“ (Dörre et al. 2013). Zur wieder aktuell gewordenen Problematik der Wahrnehmung und Deutung der Wirtschaftskrise durch die Beschäftigten sind von Detje et al. (2013) neue Vorstöße unternommen worden.

Nicht zufällig fällt hier immer wieder das Stichwort Krise. Die Phase sozioökonomischer „Vielfachkrisen“, in die die fortgeschrittenen Gesellschaften eingetreten zu sein scheinen, ist durch Krisenphänomene in verschiedenen sozialen Teilsystemen, von der Ökonomie über die Politik bis zum Bildungssys-



Revitalisierung: die Neuvermessung des Arbeitsbewusstseins (Abbildung aus *People's Cyclopaedia of Universal Knowledge*, 1883).

Lebenslanges Lernen in Europa

Wie beeinflussen Institutionen die Weiterbildungsbeteiligung Älterer?

Veronika Philipps

Seit Jahrzehnten betonen Wissenschaft und Politik die Wichtigkeit von lebenslangem Lernen. Nach wie vor schlägt sich dies aber nicht in der Weiterbildungswirklichkeit insbesondere Älterer nieder. Doch zeigen sich im europäischen Ländervergleich deutliche Unterschiede. Die Dissertation untersucht, welchen Einfluss institutionelle Unterschiede auf die Weiterbildungsbeteiligung haben.

Lebenslanges Lernen als altersunabhängige, kontinuierliche Weiterbildung kann dazu beitragen, Personen über ihr gesamtes Erwerbsleben zum Ausüben einer Erwerbstätigkeit zu befähigen und so während des gesamten Erwerbslebens in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Insbesondere Menschen in der späten Erwerbsphase sind jedoch europaweit weniger in Weiterbildungsaktivitäten eingebunden. Im Alter zwischen 50 und 60 Jahren nehmen nur noch 22% der erwerbstätigen Europäer an erwerbsbezogener Weiterbildung teil, während es im jüngeren und mittleren Erwerbsalter (25 bis 49 Jahre) noch knapp ein Drittel (31 %) sind.¹ Dies ist vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen und des damit einhergehend schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzials sowie angesichts der europaweiten Anhebungen des Renteneintrittsalters zunehmend problematisch.

Allerdings stehen nicht alle Länder Europas gleichermaßen vor diesem Problem: So bleibt die Weiterbildungsteilnahme Älterer in Schweden bei-

spielsweise hoch, während in dieser Altersgruppe in Frankreich ein starker Rückgang zu beobachten ist. Deutschland befindet sich hinsichtlich des Teilnehmerrückgangs von Älteren im Mittelfeld. In manchen Ländern gelingt es also, auch Älteren die Teilnahme an Weiterbildung zu ermöglichen. Das Dissertationsprojekt untersucht, wie und warum die altersbezogenen Disparitäten in der Weiterbildungsbeteiligung in den verschiedenen Ländern so stark variieren.

Ein Teil der Antwort liegt sicherlich auf der Mikroebene. In dem Maße, in dem hier zwischen den Ländern die Verteilung der für die Weiterbildungsteilnahme relevanten Individualmerkmale wie z. B. Bildungsstand oder Erwerbsteilnahme, in der Gruppe der Älteren variiert, kann dies auch zu den Länderunterschieden beitragen. Verschiedene Studien verweisen allerdings auf die zentrale Bedeutung der unterschiedlichen staatlich-institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den Ländern Europas. Der Fokus der Arbeit liegt daher auf der Analyse institutioneller Bedingungen. Die Arbeit geht davon aus, dass Institutionengefüge auch für Länderunterschiede in der Bildungsbeteiligung einen zentralen Erklärungsfaktor darstellen und für die Weiterbildungsbeteiligung Älterer eine wichtige Rolle spielen können. So prägen Institutionen individuelles und betriebliches Handeln allgemein und können somit auch die Partizipation an Weiterbildung beeinflussen. Im Ländervergleich stellt sich daher die Frage, welche strukturellen Um-

stände die Entscheidungen Älterer zugunsten einer Beteiligung an Weiterbildung begünstigen.

Institutionen, die staatliche und gesamtgesellschaftliche Strukturen prägen, sind z. B. verschiedene Arbeitsmarktregulierungen in den Ländern, die Interessenorganisation und -vertretung von Arbeitnehmer/innen und die Existenz von kollektiven Weiterbildungsvereinbarungen. Zudem können sozialstaatliche Prinzipien für die Weiterbildungsbeteiligung wichtig sein. Wohlfahrtsstaaten beeinflussen die Gestaltung von Lebensläufen, sie können für die Nutzung von Weiterbildungsangeboten bedeutsam werden, indem sie z. B. Weiterbildungsmaßnahmen finanzieren oder Weiterbildungsträger subventionieren. Weiterhin können Betriebe und betriebliche Strukturen ausschlaggebend für Länderdifferenzen in der Weiterbildungsteilnahme sein. So können betriebliche Regelungen bezüglich des Weiterbildungsangebots (wie z. B. bindende Zugangsregelungen zu Weiterbildung oder Weiterbildungsleitlinien) das Weiterbildungsverhalten der Mitarbeiter/innen nachhaltig beeinflussen.

Die Dissertation nutzt Daten des Adult Education Surveys. Mithilfe des Verfahrens der Qualitative Comparative Analysis (QCA) untersucht sie, welche Institutionenkonfigurationen zu welchem Ergebnis in der Weiterbildungsteilnahme Älterer führen. Die Untersuchung lässt somit Hinweise darauf erwarten, wie die breitere Einbindung insbesondere älterer Erwerbstätiger in Weiterbildung gefördert werden kann.

Anmerkungen

¹ Ergebnisse des Adult Education Surveys 2007, eigene Berechnungen.



Sich weiterbildender Älterer: welche Institutionen prägen sein Weiterbildungsverhalten?

Projektstart

eLabour – ein neues Zentrum für IT-basierte, qualitative Forschung in der Arbeitssoziologie

Heidemarie Hanekop

Wie haben sich die Konturen von Produktion und Arbeit seit den 1970er Jahren entwickelt? Welche Erkenntnisse lassen sich darüber aus dem umfangreichen qualitativen Material gewinnen, das seit einem halben Jahrhundert im Rahmen der arbeits- und industriesoziologischen Forschung erhoben wird?

Um diese Fragen zu beantworten, braucht es neue IT-basierte Methoden, Werkzeuge und Infrastrukturen. Diesem Ziel ist der Aufbau eines interdisziplinären Zentrums für IT-basierte qualitative Forschung in der Arbeitssoziologie gewidmet, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ab Herbst 2015 mit 2,1 Millionen Euro gefördert und von Nicole Mayer-Ahuja (SOFI/Universität Göttingen) geleitet wird. In Gestalt des neuen Zentrums wird eine Forschungsinfrastruktur aufgebaut, mit der arbeitssoziologische Studien erschlossen und mithilfe IT-basierter qualitativer Methoden sekundäranalytisch ausgewertet werden können. Beteiligt sind neben dem SOFI, das die Koordination übernimmt, das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF München), die Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs Dortmund), das Institut für Soziologie an der Universität Jena (Dörre) und das Datenservicezentrum Betriebs- und Organisationsdaten an der Universität Bielefeld (DSZBO). Die IT-Infrastruktur und die damit verbundenen IT-Werkzeuge werden zusammen mit drei in diesem Bereich erfahrenen und etablierten Partnern aus Informatik und Informationswissenschaft entwickelt: der Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung Göttingen, der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (SUB) und dem Forschungszentrum L3S an der Universität Hannover.

Das Zentrum soll dazu beitragen, den reichen Bestand an qualitativen, empirischen Studien aus über 40 Jahren arbeits- und industriesoziologischer Forschung mit IT-basierten Methoden zu

erschließen und nachhaltig verfügbar zu machen, um auf dieser Grundlage im Rahmen exemplarischer sekundäranalytischer Pilotprojekte der Frage nach der Neukonturierung von Arbeit und Produktion seit Ende des Fordismus nachgehen zu können. In fünf sekundäranalytischen Pilotprojekten zu zentralen Aspekten dieser Neukonturierung werden neue Forschungsperspektiven für die Arbeitssoziologie erschlossen: Die Materialien und Ergebnisse aus früheren und aktuellen empirischen Studien sollen systematisch sowohl in eine Querschnitt- als auch Längsschnittperspektive integriert werden. Auf diese Weise können die empirischen Momentaufnahmen, welche die Arbeitssoziologie gemeinhin hervorbringt, dazu genutzt werden, neue Erkenntnisse sowohl über Differenzierungen der Arbeitswelt zu einem bestimmten Zeitpunkt (Querschnittsperspektive auf mehrere zeitgleich erhobene Studien) als auch über Veränderungen im Zeitverlauf (Längsschnittperspektive auf zu verschiedenen Zeitpunkten erhobene Studien) zu gewinnen.

IT-basierte Methoden, wie sie gegenwärtig in den Digital Humanities (DH) entwickelt werden, versprechen hier neue analytische Möglichkeiten. Damit sie genutzt werden können, ist es allerdings erforderlich, eine Forschungsinfrastruktur, ein Datenmodell und Datenmanagement sowie IT-basierte Anonymisierungs-, Such-, Annotations- und Analysetools zu entwickeln, die den be-

sonderen Anforderungen genügen, welche sich beim Umgang mit den Forschungsdaten und Fragestellungen der qualitativen Arbeitsforschung stellen.

Das neue Zentrum für eLabour Research schafft ein Forum für die interdisziplinäre Bearbeitung der damit umrissenen Herausforderungen. In interdisziplinären Arbeitsgruppen, in denen WissenschaftlerInnen aus allen beteiligten Einrichtungen zusammenkommen, werden Konzeption und Erprobung von Infrastruktur und Methoden vorangetrieben. Regelmäßige Workshops, die sich ausdrücklich auch an externe WissenschaftlerInnen wenden, bieten Möglichkeiten für intensiven Austausch. Ein Kompetenz- und Beratungszentrum macht interessierte KollegInnen im Rahmen von Veranstaltungen, Workshops oder Seminaren mit den neuen Möglichkeiten vertraut, wirbt um wissenschaftlichen Nachwuchs und qualifiziert ihn für dieses neue Forschungsfeld. Durch derlei Aktivitäten wird das Zentrum nicht zuletzt dazu beitragen, methodologische Standards für qualitative, IT-basierte Sekundäranalysen in der (Arbeits-)Soziologie zu entwickeln und zu verbreiten. Erklärtes Ziel ist es, das Zentrum bis zum Ende der für drei Jahre finanzierten Aufbauphase soweit zu etablieren, dass ein weiterer Kreis von Forschungseinrichtungen und WissenschaftlerInnen auf solider Daten- und Methodengrundlage integriert und die neue Forschungsinfrastruktur für eine breitere Nutzung geöffnet werden kann.

Arbeitssoziologische Pilotstudien	Konzeption und Erprobung von Infrastruktur und Methoden (alle)	Entwicklung von Infrastruktur und IT-Werkzeugen
<p>SOFI Göttingen: Legitimationsprobleme von Arbeit Fragmentierte Arbeit</p> <p>ISF München: Steuerungsformen von Arbeit Interaktive Arbeit</p> <p>Institut für Soziologie, Jena: Gesellschaftsbild des Prekariats</p> <p>SFS Dortmund (mit H. Jacobsen): Widersprüchliche Integration von Frauen in Dienstleistungsarbeit</p>	<p>Konzeption der Infrastruktur Erschließung und Integration der Studien aus SOFI, ISF, sfs, Jena (flexible) Anonymisierung qualitativer Daten</p> <p>Neue qualitative Methoden Kontextualisierung: ■ studienbezogen ■ zeithistorisch</p> <p>It-gestützte Sampling- und Auswertungsmethoden</p>	<p>GWDG: Forschungsinfrastruktur Anonymisierung</p> <p>SUB Göttingen: Datenmodell virtuelle Arbeitsumgebung studienbezogene Kontextualisierung</p> <p>L3S Hannover: zeithistorische Kontextualisierung iterative Suchverfahren semi-automatische Analyse</p>
Aufbau eines interdisziplinären Kompetenz- & Beratungszentrums, Workshops, Veranstaltungen		

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz in der Diskussion

Schwere Zeiten für die „Energiewende von unten“?

Rüdiger Mautz

Wenn es einen Bereich in der deutschen Industrie gibt, in dem sozialökologischer Wandel bereits Realität geworden ist, dann ist es der stromerzeugende Sektor. In 2014 deckten die erneuerbaren Energien – aus Windenergie, Biomasse, Solarstrahlung, Wasserkraft und Geothermie – einen Anteil von 27,3 % des deutschen Bruttostromverbrauchs ab.¹ Zehn Jahre zuvor waren es gerade einmal 9,5 %. Was zudem auffällt: Die Eigentumsverteilung innerhalb der Ökostrombranche unterscheidet sich fundamental von derjenigen des konventionellen stromerzeugenden Sektors: Während sich letzterer nach wie vor weitgehend in den Händen der vier marktbeherrschenden Konzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW befindet, zeigt sich bei den erneuerbaren Energien ein völlig anderes Bild. Die größte Eigentümergruppe mit 35 % bilden hier Privatpersonen, darunter etwa die mittlerweile 1,5 Millionen Haushalte mit eigener Solaranlage sowie eine seit Jahren zunehmende Zahl an Mitgliedern (und Anteilseignern) von regenerativen Bürgerkraftwerken und Energiegenossenschaften. Letztere verzeichneten in den vergangenen zehn Jahren einen erstaunlichen Zulauf: Inzwischen bestehen bundesweit ca. 900 Energiegenossenschaften, von denen ein großer Teil in Anlagen zur Ökostromerzeugung (zumeist Photovoltaik- sowie Windenergieanlagen) investiert hat. Weitere wichtige Eigentümergruppen im Bereich der erneuerbaren Energien sind mittelständische Start-ups, Gewerbebetriebe sowie Landwirte. Die vier großen Stromkonzerne verfügen hingegen nur über einen Anteil von 5 % an der installierten Nennleistung im Bereich erneuerbarer Energien (Stand: 2012).²

Seit einigen Jahren mehren sich allerdings kritische Stimmen aus den Erneuerbare-Energien-Verbänden, aus der Umweltpolitik sowie den Netzwerken der „Bürgerenergie“, die vor dem Ende,



EEG-Gegenwind für kleine Anleger

zumindes aber vor einem schwerwiegenden Bruch in der bisherigen Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien in Deutschland warnen. Was ist passiert? Im Zuge der immer lauter gewordenen Strompreisdebatte kam es zu einem folgenreichen Schwenk in der staatlichen Förderpolitik für die dezentrale Ökostromerzeugung.

So wurden mit der in 2012 in Kraft getretenen Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), von dessen Förderrichtlinien in der Vergangenheit entscheidende Anreize für ein Engagement in Bürgerkraftwerke ausgegangen sind, großschrittige Absenkungen der Einspeisevergütung für neu errichtete Solarstromanlagen eingeführt. Damit sollte ganz bewusst eine Bremswirkung bei der in den Jahren zuvor sich rasant verbreitenden Photovoltaik erzielt werden.

Die Situation hat sich mit der jüngsten in 2014 verabschiedeten EEG-Novelle noch verschärft, da auch diese Novelle nicht zuletzt auf Eindämmung der Kosten für Einspeisevergütungen abzielt, etwa durch die Deckelung der jährlichen Zubaukosten für Photovoltaik-,

Windkraft- und Biogasanlagen oder die neu eingeführte Verpflichtung zur Direktvermarktung der erzeugten Elektrizität an der Strombörse. Diese Regelung betrifft alle Neuanlagen über 500 kW Nennleistung.³ Hinzu kommt, dass die EEG-Novelle – oberhalb einer gewissen Bagatellgrenze für Kleinanlagen – für neue Energieprojekte ab 2017 Ausschreibungsverfahren vorsieht, bei denen im Rahmen einer Auktion die jeweils günstigsten Bieter den Zuschlag erhalten.

Im Ergebnis hat das skizzierte Maßnahmenpaket zu Planungsunsicherheit und Investitionszurückhaltung insbesondere bei Bürgersolarinitiativen und Energiegenossenschaften geführt: So wollte in 2014 fast jede dritte Energiegenossenschaft keine Investitionen vornehmen, wohingegen in 2013 lediglich 8 % ohne Investitionspläne waren.⁴ Geplante Solarprojekte wurden zum Teil auf Eis gelegt oder ganz aufgegeben, da die Renditeerwartungen gegen Null gingen. Auch die Einführung verpflichtender Auktionen könnte für die kleinen Akteure, etwa für Bürgerenergie-Projekte, überproportionale Kostenrisiken mit sich bringen und damit zu einer Markt-



Ausbau dezentraler Photovoltaik: vom EEG ausgebremst?

zugangsbarriere werden. Schon heute zeichne sich bei diesen Akteuren „eine starke Zurückhaltung“ ab, neue Windenergieprojekte zu beginnen.⁵ Ein Umstieg auf andere Aktivitäten, etwa auf Speichertechnologien, Blockheizkraftwerke oder Nahwärmeversorgung wird in etlichen Bürgerenergie-Projekten be-

reits angedacht – angesichts der Risiken einer solchen Neuausrichtung beginnt für sie nun allerdings ein Suchprozess mit unsicherem Ausgang.

Die jüngst beschlossenen Maßnahmen im Bereich der EEG-Förderung drohen hier vor allem zulasten der kleinen Marktakteure zu gehen und die großen Energieversorger zu begünstigen. Damit steht allerdings in Frage, ob die Bürgerenergie-Projekte ihre bisherige Rolle als treibende Kraft einer sozialökologischen Transformation des deutschen Energiesektors auch zukünftig werden spielen können. Sofern es zu keiner Rückkehr zu bürgerfreundlicheren Anreizen für Neuinvestitionen

in erneuerbare Energien kommt, stehen einer „Energiewende von unten“ wohl schwere Zeiten bevor.

Anmerkungen

- ¹ Meldung der Agentur für Erneuerbare Energien vom 7. Januar 2015.
- ² Quelle: trend research: Marktakteure. Erneuerbare-Energien-Anlagen in der Stromerzeugung. Köln 2013.
- ³ Ab Januar 2016 gilt dies für Neuanlagen über 100 kW Nennleistung. Anstelle der EEG-Vergütung erhalten die Anlagenbetreiber eine Marktprämie.
- ⁴ Meldung der Agentur für Erneuerbare Energien am 7. Juli 2014 auf Grundlage einer Jahresumfrage des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands e.V. (DGRV).
- ⁵ Quelle: Fachagentur Windenergie an Land (Hg.): Charakterisierung und Chancen kleiner Akteure bei der Ausschreibung für Windenergie an Land. Berlin, Juli 2015.

■ Gemeinsame Tagung von DGS-Sektion Sozialindikatoren und Verbund soeb 3

Lebensqualitätsforschung zwischen Wissenschaft und Politikberatung

Eine Bestandsaufnahme der „Lebensqualitätsforschung zwischen Wissenschaft und Politikberatung“ versuchte die Sektion Soziale Indikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) mit ihrer Jahrestagung am 1. und 2. Oktober 2015 in Berlin. Die Tagung wurde in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland (soeb) durchgeführt, der am SOFI koordiniert wird. Für die Veranstalter hatten Jan Delhey (Sektionssprecher Soziale Indikatoren, Otto-von-Guericke Universität Magdeburg) und Peter Bartelheimer (Koordinator des Forschungsverbunds soeb, SOFI) drei Leitfragen vorgegeben: Was wissen wir über die gesellschaftspolitische Gestaltbarkeit des guten Lebens? Wie stellt sich Lebensqualität in Deutschland (und Europa) empirisch dar? Wel-

che Konzepte zur Lebensqualitätsforschung bieten sich an?

Den Anlass, sich des Konzepts der Lebensqualität aus wissenschaftlicher Sicht neu zu vergewissern, gab die Initiative der Bundesregierung zum Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ (https://www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Ueber/Hintergrund/_node.html). Damit soll die Empfehlung der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ umgesetzt werden, in der laufenden Legislaturperiode ein Indikatorensystem zu entwickeln, anhand dessen die Bundesregierung über Stand und Fortschritt von Lebensqualität in Deutschland berichtet und an dem sich ein Aktionsplan zur Verbesserung der Lebensqualität orientiert.

Die wissenschaftlichen Beiträge der Tagung behandelten Teilhabe und Prekarität als konzeptionelle Bezugspunkte für die Messung von Lebensqualität und empirische Ansätze für die regional vergleichende und mehr-dimensionale Messung von Lebensqualität in Deutschland und Europa. Im Panel „Lebensqualität als Politikziel“ unter Beteiligung der Bertelsmann-Stiftung und des Bundeskanzleramts standen die „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen und die Regierungsinitiative „Gut leben in Deutschland“ zur Diskussion.

Tagungsbeiträge werden auf den Webseiten der Sektion Sozialindikatoren (<http://www.sozioogie.de/de/sektionen/sektionen/soziale-indikatoren/portrait.html>) und des Forschungsverbunds (www.soeb.de) dokumentiert.

■ Neues EU-gefördertes Forschungsprojekt am SOFI

Re-InVEST: Sozialinvestition nach der Krise

**René Lehweß-Litzmann,
Rüdiger Mautz, Berthold Vogel**

Wenn derzeit auf europäischer Ebene über Sozialpolitik gesprochen wird, ist „Sozialinvestition“ ein wichtiges Schlagwort: Der Wohlfahrtsstaat solle weniger als bisher ein ‚Reparaturbetrieb‘ sein, der die Härten des Marktes abfedert bzw. den Markt als Quelle von Wohlfahrt ersetzt. Er solle sich hingegen stärker daversetzen, selbst für ihre Inklusion in Arbeitsverbindet sich die Idee der Investition durch Entlastung desselben: Mitgliedsstaaten sollen einsetzen; insbesondere Ausgaben in der Förderung für Kinder und Jugendliche, seien lohnend. Dennoch sollten Menschen in allen Phasen ihres Lebens unterstützt werden, wenn es nötig ist. Dies ist die zwiespältige Botschaft einer programmatischen Mitteilung der Europäischen Union an die Adresse der Mitgliedsstaaten aus dem Jahre 2013. Sie trägt den Titel „Sozialinvestitionen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt“ und ist auch als das „Sozialinvestitionspaket“ (social investment package) bekannt.



rauf konzentrieren, Individuen in die Lage zu markt und Gesellschaft sorgen zu können. So den Staat mit einer gleichzeitigen fiskalischen ihre Sozialausgaben beschränken und geziel-frühen Lebensphase, in Form von Bildung und

Der Reformimpetus hat viel Skepsis hervorgerufen: Verbirgt sich hinter den um Ausgewogenheit bemühten Formulierungen der EU-Kommission eine Demontage des weltweit einzigartigen, europäischen Sozialmodells? Geht es hier tatsächlich darum, Teilhabechancen für Menschen zu schaffen, oder geht es um eine weitere Ökonomisierung der Gesellschaft, wie sie im Begriff der Sozialinvestition durchscheint? Die Unsicherheit über die tatsächliche Zielrichtung wird dadurch vergrößert, dass die Vorschläge des Sozialinvestitionspakets viel Spielraum zur Interpretation lassen. Dies kann auch nicht anders sein, denn die Bedingungen in den Mitgliedsstaaten sind heterogen, und formal hat die EU im Bereich der Sozialpolitik auch keine Zuständigkeit. Weil nationale Sozialpolitiken aber Voraussetzungen und Auswirkungen haben, die jeweils andere europäische Länder und die EU insge-

samt betreffen, sieht sich die EU veranlasst – wenn schon keine verbindlichen Vorgaben – so doch Hinweise zu geben, in welche Richtung nationale Politik sich entwickeln sollte. Somit könnten je nach Kassenlage und politischen Kräfteverhältnissen in den EU-Ländern die Leitlinien der EU so interpretiert werden, dass arbeitsmarktpolitische Aktivierung im Vordergrund steht, und dass die Bedürfnisse derjenigen Gruppen der Bevölkerung hintangestellt werden, von denen wenig ‚Rendite‘ auf die soziale ‚Investition‘ zu erwarten ist. Gerade auch angesichts der in manchen EU-Mitgliedsstaaten stark nachwirkenden Finanz- und Wirtschaftskrise und der demografischen Alterung fragt sich deshalb, was Sozialinvestition wirklich zum Erhalt eines sozialen Europa beitragen würde bzw. wie Sozialinvestition konkretisiert werden müsste, um hier produktiv zu wirken.

Um diese Frage zentriert sich ein neues Forschungsprojekt, das seit März 2015 von der EU-Kommission (im Rahmen von Horizon 2020) mit 2,5 Millionen Euro gefördert wird. Das SOFI ist der deutsche Partner in dem europäischen Verbund und wird über vier Jahre mit 19 weiteren Partnern – Universitäten, Gewerkschaften und NGOs – aus zwölf europäischen Ländern von Portugal bis Lettland, von Rumänien bis Irland kooperieren. Das Projekt wird von Belgien aus gemeinsam koordiniert durch die Universität KU Leuven und die NGO beweging.net.

Mit dem Projekt Re-InVEST fördert die Europäische Union eine kritische Auseinandersetzung mit ihrem neuen Leitkonzept. Der Forschungsverbund möchte dem Konzept der Sozialinvestition unter Bezug auf die universellen Menschenrechte und den Ansatz der Verwirklichungschancen nach Amartya Sen eine theoretische Neufundierung geben. Das Sozialinvestitionspaket der EU wird auf seine Wirkung auf diese Zieldimensionen hin untersucht und es werden ggf. Korrekturen vorgeschlagen. Die empirische Basis dafür schafft eine Befragung von Krisenbetroffenen in einer Vielzahl europäischer Länder: Welche Erfahrungen haben sie in der Krise und mit darauf bezogenen politischen Ansätze und Maßnahmen gemacht? Inwiefern wirk(t)en diese in Bereichen wie Erwerbstätigkeit, Wohnen, Gesundheit besonders befähigend bzw. rechtswahrend? Quantitative Untersuchungen mit europäisch vergleichbaren



Das Re-Invest-Team beim gemeinsamen Projektstart in Brüssel

Daten helfen, solche qualitativen Befunde in einen statistisch repräsentativen Rahmen einzuordnen. Oberhalb der individuellen Ebene fragt das Projekt auch nach den geeigneten makroökonomischen Weichenstellungen, um eine Politik der Sozialinvestition finanzieren zu können und diskutiert alternative Formen ihrer politischen Steuerung: Es geht hier darum, neu zu überlegen, wie demokratischere bzw. bürgernähere Prozesse der Entscheidungsfindung über Investitionen und andere Fragen in Europa aussehen könnten.

Nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der methodischen Ebene hat das Projekt einen hohen Anspruch. Insbesondere die qualitativen Teilprojekte wollen methodisches Neuland beschreiten, indem sie nicht nur einen gesellschaftlichen Gegenstand beforschen und Analyseergebnisse festhalten wollen, sondern eine aktive Beteiligung der Beforschten zulassen und anstreben. Nach der Methode des „Crossing of knowledge“ sollen Wissenschaftler auf Augenhöhe mit Betroffenen forschen, sodass Letztere die Ergebnisse der Forschung selbst mit reflektieren und beeinflussen können. Um jenen, die sonst wenig gehört werden, eine Stimme zu geben, empfehlen sich auch innovative Formate, die sogar künstlerische Elemente beinhalten können. Das SOFI wird im Rahmen eines – im Herbst 2015 startenden – qualitativen Teilprojekts mit einem Netzwerk nordhessischer Arbeitsloseninitiativen zusammenarbeiten, wobei das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit im Mittelpunkt der gemeinsamen Forschung stehen wird. Langzeitarbeitslosigkeit hat sich zu einem längst verfestigten Strukturproblem des deutschen Arbeitsmarktes entwickelt. Langzeitarbeitslose sind einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt und zählen zu den verwundbarsten sozialen Gruppen in Deutschland.

Im Rahmen von Workshops, Gruppengesprächen und Einzelinterviews wollen wir gemeinsam mit langzeitarbeitslosen Personen nach den Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit und den Folgen für die eigene Lebenssituation fragen. Wie haben sich Wirtschaftskrise und staatliche Krisenpolitik für sie ausgewirkt? Inwieweit eröffnen Ihnen die kollektiven Erfahrungen in einer Arbeitsloseninitiative Möglichkeiten der Selbsthilfe

und der öffentlichen Sichtbarmachung der eigenen Problemlagen? Welche – individuellen und kollektiven – Chancen der Problembewältigung sieht man und welche Alternativen im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik werden eingefordert?

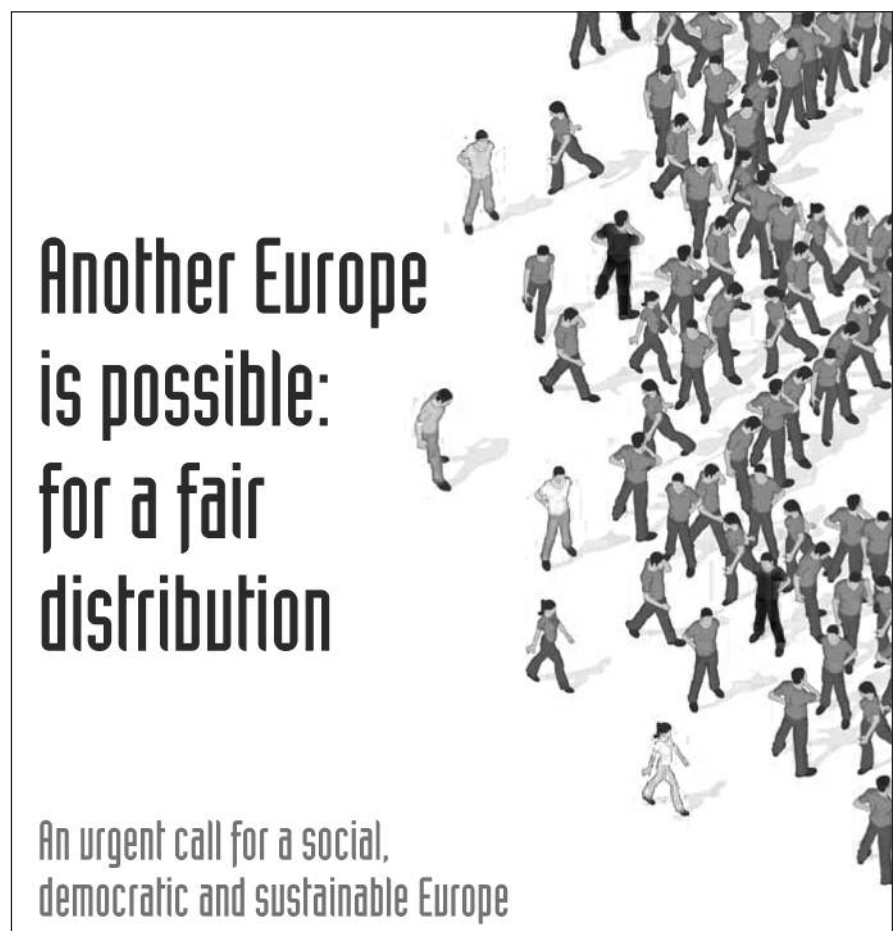
Zusätzlich zum qualitativen wird im September 2016 am SOFI ein umfangreiches quantitatives Teilprojekt anlaufen. Sein Ziel ist, qualitative Projektarbeiten, die im Rahmen von Re-InVEST zum Thema Arbeitsmarktpolitik durchgeführt werden, durch eine statistisch repräsentative Komponente zu ergänzen. Auswirkungen von aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik in den EU-Mitgliedsstaaten sollen mit ökonomischen Verfahren analysiert werden. Es gilt, Maßnahmen und Regelungen zu identifizieren, die benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt hinsichtlich ihrer Verwirklichungschancen und der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte unterstützen. Zu diesem Teilprojekt wird in späteren Ausgaben der Mitteilungen aus dem SOFI ausführlicher berichtet werden.

Das Projekt Re-InVEST kann als eine Etappe in einem längeren Prozess gesehen werden, der im Jahr 2010 mit der Gründung der Alliances to fight poverty begann: Es handelt sich um ein europäisches Netzwerk aus Graswurzelorganisationen, Gewerkschaften, sozialen Think Tanks und Experten, die gemeinsam ein sozialeres, demokratischeres und nachhaltigeres Europa anstreben.

Das SOFI ist seit 2011 beteiligt. Das Netzwerk veröffentlichte im Jahr 2014 ein Memorandum zur Europawahl. Die Fragen, die beim Verfassen dieses Aufrufs offen blieben, sind der Ausgangspunkt für das sich nun anschließende vierjährige Forschungsprojekt Re-InVEST.

Links

- Re-InVEST: <http://www.re-invest.eu/>
- Memorandum: http://issuu.com/micheldebruyne/docs/brochure_memorandum_final?e=3860262/6210205
- Alliances to fight poverty: <http://www.alliancestofightpoverty.org>



Der Ausgangspunkt: Memorandum zur Wahl des Europäischen Parlaments in 2014

Mini-Konferenz des Verbunds *soeb* 3 auf der SASE-Jahrestagung in London

Verschiedene Möglichkeiten zur Messung von Ungleichheit im Vergleich

**Andrea Hense,
René Lehweß-Litzmann,
Ortrud Leßmann**

Der vom SOFI koordinierte Verbund „Sozioökonomische Berichterstattung“ (*soeb*) veranstaltete am 3. Juli 2015 im Rahmen der Jahrestagung der „Society for the Advancement of Socio-Economics“ (SASE) eine Mini-Konferenz zum Thema Ungleichheitsmessung und Sozialberichterstattung an der London School of Economics and Political Science. Über 40 Wissenschaftler/innen aus aller Welt diskutierten auf der Basis von elf Vorträgen verschiedene Ungleichheitskonzepte und Indikatoren. Konsens bestand zum einen darüber, dass sich Armut und Ungleichheit in ihrer Vielfalt und Komplexität insbesondere durch mehrdimensionale Messinstrumente abbilden und nicht auf rein monetäre Aspekte reduzieren lassen. Zum anderen sprach sich die Mehrheit für die zusätzliche Verwendung subjektiver Indikatoren aus, um so auch die Wahrnehmung von Ungleichheit zu erfassen. Die aktuelle Forschungslage zeigt, dass bislang keine Standardisierung stattgefunden hat und sich die Ansätze im Hinblick auf Ungleichheitsdimensionen, Indikatoren und Schwellenwerte unterscheiden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass gesellschaftliche Teilhabe in Entwicklungsländern anders gemessen werden muss als in Industrienationen.

Im UN Human Development Report, der Armutsveränderungen messen und zwischen (Entwicklungs)ländern vergleichen will, wird neuerdings der „multidimensional poverty index (MPI)“ verwendet, der von Jose Manuel Roche und Suman Seth (Oxford Poverty and Human Development Initiative) vorgestellt wurde. Der Index basiert auf drei Dimensionen: Deprivation im Hinblick auf Bildung (Schulbesuch und -dauer), Gesundheit (Ernährungsarmut und Kindersterblichkeit) und Lebensstandard

(z. B. Zugang zu Trinkwasser, Elektrizität und IT). Nicolai Suppa (TU Dortmund) erläuterte, wie der Index durch ihn auf Deutschland angewandt wurde. Es zeigte sich, dass multidimensionale Armut und Einkommensarmut nicht grundsätzlich dieselben Personen betreffen und dass der Analyse Grenzen gesetzt sind, weil einige für Deutschland relevante Indikatoren, wie die Qualität von Arbeit, bisher nur mangelhaft in Daten erfasst werden.



Die London School of Economics and Political Science (LSE) als ehrwürdiger Rahmen der Minikonferenz

Peter Bartelheimer (SOFI Göttingen) und Ortrud Leßmann (HSU Hamburg) erläuterten, wie das Teilhabe-Konzept des *soeb*-Verbunds den Capability-Ansatz (vgl. Mitteilungen aus dem SOFI, Ausgaben 18 und 21) nutzt und weiterentwickelt, um Wohlfahrtslagen multidimensional zu erfassen: Die Position von Personen wird bestimmt durch ein Zusammenwirken von Erwerbsteilhabe, sozialen Nahbeziehungen und aufgebauten Rücklagen (Absicherung bzw. Vorsorge). Das Thema der Erwerbsteilhabe vertiefend, berichtete René Lehweß-Litzmann (SOFI Göttingen) aus seinem *soeb*-Projekt. Er argumentierte, dass Arbeitslosigkeit nur eines unter mehreren möglichen Arbeitsmarktproblemen sei. Zur Zunahme von Armutslöhnen, zum Anwachsen von Unterbeschäftigung und zur Verdichtung von Arbeit könne es auch bei sinkender Ar-

beitslosigkeit kommen, so dass eine multidimensionale Auswahl von Indikatoren notwendig sei.

Objektive Indikatoren informieren zwar darüber, welche Bevölkerungsgruppen einen eingeschränkten Zugang zu Bildung, Einkommen, Erwerbsarbeit etc. haben. Sie geben jedoch keine Auskunft darüber, ob dies für die Betroffenen selbst ein Problem darstellt. Daher wurde für die zusätzliche Berücksichtigung subjektiver Indikatoren plädiert. Yoko Niimi (Kitakyushu, Japan) stellte ein Maß für die Ungleichheit subjektiv empfundenen Glücks vor. Andrea Hense (Universität Bielefeld) beschäftigte sich mit selbst wahrgenommener Einkommens- und Beschäftigungsprekarität und zeigte, dass neben Ressourcen zur Erlangung oder Substitution von Erwerbsarbeit auch bisherige Erfahrungen mit Job- und Einkommensverlusten sowie kontextuelle Bedingungen wie die regionale Arbeitslosenquote und die aktuelle Sozialgesetzgebung einen Einfluss auf die Prekaritätswahrnehmung haben.

Unter den Teilnehmer/innen der Mini-Konferenz war man sich einig, dass es einen Zusammenhang zwischen objektiven Bedingungen und subjektiven Wahrnehmungen gibt. Während objektive Indikatoren jedoch die Bedeutung und Handlungsrelevanz vernachlässigen, welche Personen ihrer Ungleichheitslage beimessen, kann subjektiv empfundene Unzufriedenheit auch bei großer Wohlfahrt vorkommen. Folglich ist eine multidimensionale Ungleichheitsmessung notwendig, wobei die Verständigung über relevante – objektive wie subjektive – Dimensionen und Indikatoren noch nicht abgeschlossen ist. Konferenzprogramm und Vortragsfolien sind auf der *soeb*-Webseite (www.soeb.de/ueber-soeb-3/sase-mini-konferenz/) erhältlich.

■ Drittes Werkstattgespräch des Verbunds *soeb* 3

„Sozioökonomische Entwicklung in Deutschland: Kontinuität, Wandel, Umbruch?“

Vielfach gelten die drei Nachkriegsjahrzehnte als normativer Vergleichsmaßstab des aktuellen deutschen Sozialmodells. Autoren wie Wolfgang Streeck und Thomas Piketty haben die historische Besonderheit dieser Phase, in der Wohlstand und Aufstieg erstmals für breite Teile der Gesellschaft greifbar wurden, in jüngst erschienenen vielbeachteten Publikationen hervorgehoben. Es bestehen jedoch unterschiedliche Fachmeinungen darüber, wie die Veränderungen, die ab den 1970er Jahren einsetzen, zu interpretieren sind und was sie antreibt. Zwischen einer ‚starken‘ These vom Umbruch und einer ‚schwächeren‘ vom eher kontinuierlichen Wandel, und zwischen eher auf

politische bzw. eher auf ökonomische Triebkräfte verweisenden Erklärungen bestehen große Unterschiede. Eine Klärung könnte neben dem akademischen Interesse auch Relevanz mit Blick auf die Gestaltbarkeit zukünftiger gesellschaftlicher Weiterentwicklung haben.

Am 10. und 11. Dezember 2015 wird sich der vom SOFI koordinierte Verbund Sozioökonomische Berichterstattung (*soeb*) in Berlin in seinem dritten Werkstattgespräch mit dieser Phase auseinandersetzen. Im Rahmen dieser Veranstaltung möchte der Verbund mit externen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen über seine historische Berichtsperspektive ins Gespräch kom-

men. Die Veranstaltung widmet sich mit eigenen Diskussionsrunden insbesondere den Bereichen Finanzmarkt, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. In einem Abschlusspanel werden Vertreter zivilgesellschaftlicher Akteure den Blick nach vorn richten mit der Frage, wie ein Übergang hin zu einem sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Gesellschaftssystem gestaltet werden könnte. Die Veranstaltung findet im dbb Forum in Berlin statt. Interessierte sind zu einer Teilnahme herzlich eingeladen. Weitere Informationen zur Veranstaltung und zum Programm finden sich auf der *soeb*-Projektwebseite: www.soeb.de/ueber-soeb-3/werkstattgesprach-3/

■ Veröffentlichungen von SOFI-MitarbeiterInnen

Bücher

Baethge, Martin; Severing, Eckart (Hrsg.) (2015): Sicherung des Fachkräftepotenzials durch Nachqualifizierung. Befunde – Konzepte – Forschungsbedarf. Bielefeld (W. Bertelsmann Verlag).

Kratzer, Nick; Menz, Wolfgang; Tullius, Knut; Wolf, Harald (2015): Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb, Berlin (edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft).

Mayer-Ahuja, Nicole (2014): „Everywhere is becoming the same?“ Regulating IT-work between India and Germany, New Delhi (Social Science Press).

Aufsätze

Baethge, Martin (2014): Wendepunkt in der deutschen Bildungsgeschichte: Duale Ausbildung vs. Akademisierung? In: DSW/Journal 3/2014.

Baethge, Martin (2015): Bildungsbericht 2014: Inklusion in der beruflichen Bildung. In: Erdsiek-Rabe, U./John-Ohne-

sorg, M. (Hrsg.), Inklusion in der beruflichen Bildung, Berlin, S. 39-45.

Baethge, Martin (2015): Bildungsjournalismus – unverzichtbarer Begleiter eines demokratischen Bildungsmonitoring. Klemm, K.; Roitsch, J. (Hrsg.), Hauptsache Bildung. Wissenschaft, Politik, Medien und Gewerkschaften nach PISA. Münster (Waxmann), S. 29-38.

Baethge, Martin; Anderson, Karen; Sadowski, Dieter (2015): Editorial – Transformation of the German Model. In: Journal für Labour Market Research, Vol. 48, Nr. 2, 75-79.

Baethge, Martin; Severing, Eckart (2015): Sicherung des Fachkräftepotenzials durch Nachqualifizierung. In: Berichte zur beruflichen Bildung, Bonn, S. 7-16. www.bibb.de/dokumente/pdf/agbfn-16.

Baethge, Martin; Wolter, Andrä (2015): The German skill formation model in transition: from dual system of VET to higher education? In: Journal für Labour Market Research, Vol. 48, Nr. 2, S. 97-122.

Baethge-Kinsky, Volker; Zerr, Sergej (2015): Die Erschließung von Primärmaterial qualitativer Studien für die Sekundäranalyse als Herausforderung für Sozialwissenschaften und Informatik. In: Datenbank Spektrum (2015) 15, S. 33-39. DOI 10.1007/s13222-014-0176-8.

Birke, Peter (2015): Rezension zu Martin Koch, Max Fritz, Non-Standard Employment in Europe. Paradigms, Prevalence and Policy Responses, in: International Review of Social History, Vol 60, 2/2015, pp 302-305, DOI: S0020859015000280, Published online: July 2015.

Birke, Peter (2015): Rezension zu: Oliver Marchart, Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. In: Sozial.Geschichte Online 16 (2015), S. 129-136 (<https://sozialgeschichteonline.wordpress.com>).

Birke, Peter (2015): Zwischen Soziologie und Weltgeschichte. Anmerkungen zur aktuellen Verfasstheit der bundesdeutschen Arbeitsgeschichte. In: Torsten Erdbrügger, Ilse Nagelschmidt, Inga Probst (Hg.): Arbeit als Narration. Ein in-

terdisziplinärer Werkstattbericht. Essen (Klartext).

Birke, Peter; Hohenstatt, Florian; Rinn, Moritz (2015): Gentrification, social action and „role-playing“: Experiences garnered on the outskirts of Hamburg. In: International Journal of Action Research 11 (1-2), S. 195-227. DOI 10.1688/IJAR-2015-01-Birke.

Birke, Peter; Hohenstatt, Florian; Rinn, Moritz (2015): Gentrifizierung, Aktivismus und „Rollenspiele“. Erfahrungen am Hamburger Stadtrand. In: Sozial.Geschichte Online 16 (2015), S. 53–88 (<https://sozialgeschichteonline.wordpress.com>).

Hanekop, Heidemarie (2015): Communities of Customers and the Organization: New Service Relations on Web 2.0 Platforms. SSRN Working Paper, SSRN: <http://ssrn.com/abstract=2637466> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2637466> .ssrn.com/abstract=2637466, July 2015.

Kalkowski, Peter; Paul, Gerd (2014): Kommt es zur Professionalisierung von Wellnessberufen? In: Pundt, Johanne; Kälble, Karl (Hrsg.): Gesundheitsberufe und gesundheitsberufliche Bildungskonzepte auf dem Prüfstand – Wandel, Trends und Perspektiven. Bremen (APOLLON Hochschulverlag), S. 317-337.

Kuhlmann, Martin (2015): Beteiligung in der Beschäftigtenbefragung 2013, in: Detlef Wetzel (Hg.): Beteiligen und Mitbestimmen. Für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, Hamburg (VSA), S. 60-63.

Kuhlmann, Martin (2015): Arbeit in der Industrie 4.0 – wachsender arbeitspolitischer Gestaltungsbedarf, in: MC-report 2/2015 (Sept.), S. 6-7.

Kuhlmann, Martin; Schumann, Michael (2015): Digitalisierung fordert Demokratisierung der Arbeitswelt heraus, in: Reiner Hoffmann, Claudia Bogedan (Hg.) (2015): Arbeit der Zukunft. Möglichkeiten nutzen – Grenzen setzen, Frankfurt/Main (Campus), S. 122-140.

Marquardsen, Kai (2015): Vergleichsweise prekär – Die Wiederherstellung sozialer Teilhabe in der fragmentierten Erwerbsgesellschaft. In: Völker, Susanne; Amacker, Michèle (Hrsg.): Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik, Weinheim und Basel (Beltz Juventa), S. 146-163.

Mautz, Rüdiger (2015): The Role of Local Bottom-up Initiatives as “Change Agents” of Energy Transition. Proceedings STS Conference Graz 2015 (ISSN: 2304-4233). <http://www.sts.aau.at/ias/IAS-STS/Publications/Proceedings-STSConference-Graz-2015/Session-16>.

Mayer-Ahuja, Nicole (2015): Research for whom? Labour sociology between observation, co-management and social critique. In: International Journal of Action Research 11 (1-2), S. 79-92.

Tullius, Knut; Wolf, Harald (2015): Gerechtigkeitsansprüche und Kritik in Arbeit und Betrieb. In: Dammayr, Maria; Grass, Doris; Rothmüller, Barbara (Hrsg.): „Legitimität. Gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Bruchlinien der Rechtfertigung“. Bielefeld (transcript), S. 269 - 287.

Vogel, Berthold (2015): Für eine Gemeinschaftsaufgabe zur Stärkung der regionalen Daseinsvorsorge. WISO direkt. Berlin (mit Jens Kersten, Claudia Neu).

Vogel, Berthold (2015): Arbeit – Politik – Recht: Das Recht(ssystem) als Forschungsdesiderat in den Arbeitsbeziehungen – Einleitung zum gemeinsam mit Britta Rehder herausgegebenen Schwerpunktheft. Industrielle Beziehungen, Jahrgang 22, Heft 1, 2015 Ind-Bez 22(1) (mit Britta Rehder).

Vogel, Berthold (2015): Die Rhythmen des Sozialen; in: Rhuthmos. Plateform internationale et transdisciplinaire de recherche sur les rythmes dans les sciences, les philosophies et les artes, Paris. <http://rhuthmos.eu/spip.php?article1450>.

Vogel, Berthold (2015): Institutionenungerechtigkeit und Solidarität. Oswald von Nell-Breunings Denkanstöße zu Begriff und Wirklichkeit des Kapitalismus; in: Bernhard Emunds und Hans Günter Hockerts (Hg.): Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik. Paderborn (Ferdinand Schöningh), S. 43-52.

Vogel, Berthold (2015): Wohlstandskonflikte?! Anmerkungen zu den Folgen des demografischen Wandels für Gemeinsinn und sozialen Zusammenhalt; in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.): Landflucht 3.0. Welche Zukunft hat der ländliche Raum, 34. Sinclair-Haus-Gespräche, Freiburg (Herder Verlag), S. 34-44.

Vogel, Berthold (2015): Arbeit, Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat; in: Mouez Khalfaoui und Matthias Möhring-Hesse (Hg.): Eine Arbeitsgesellschaft – auch für Muslime. Interdisziplinäre und interreligiöse Beiträge zur Erwerbsarbeit. Münster (Waxmann Verlag), S. 21-38.

Vogel, Berthold (2015): Die Dynamik der Unverbindlichkeit. Was wir von der Erwerbsarbeit erwarten können. In: West-End. 12/2015, 1; S. 121-132.

Vogel, Berthold (2015): Nichts faul im Staate Dänemark. Francis Fukuyama ordnet die Welt. [Sammelrezension zu:] Francis Fukuyama: The origins of political order. From prehuman times to the French Revolution. London: Profile Books, 2012; Francis Fukuyama: Political order and political decay. From the industrial revolution to the globalization of democracy. London: Profile Books, 2014. In: Zeitschrift für Ideengeschichte. 9/2015,2; S. 121-126.

Weißmann, Marliese (2015): Auf der Suche nach Anschluss: Fragile Zugehörigkeitskonstruktionen bei Arbeitslosen. In: Frank Bauer und Kornelia Sammet: Lebenslagen am Rande der Erwerbsgesellschaft. Weinheim und Basel (Beltz Juventa) (im Erscheinen).

Forschungsberichte/Studien

Baethge, Martin; Maaz, Kai; Kühne, Stefan; Neumann, Marco (2015): Bericht zum Fortschritt des deutschen Bildungswesens hinsichtlich der Zielsetzungen des Education for All-Programmes der UNESCO. Berlin.

Baethge, Martin; Cordes, Alexander; Donk, André; Kerst, Christian; Wespel, Johannes; Wieck, Markus; Winkelmann, Gert (2015): Bildung und Qualifikation als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2015. Studien zum deutschen Innovationsystem. Berlin: EFI. URL: http://www.efi.de/fileadmin/Innovationsstudien_2015/StuDIS_01_2015.pdf

Bartelheimer, Peter; Henke, Jutta; Marquardsen, Kai; Schelkle, Bettina; Schwarze, Henrik (2015): IBA – Integriertes Beratungsangebot für Alleinerziehende. Forschungsbericht. Göttingen. Download http://www.sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/Peter_Bartelheimer/Materi-

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

al/Evaluationen/IBA_Schlussbericht_05-2015.pdf.

Vogel, Berthold (2015): Regionale Daseinsvorsorge: Begriff, Indikatoren, Gemeinschaftsaufgabe. WISO Diskurs. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn (mit Jens Kersten, Claudia Neu).

Vogel, Berthold u.a. (2015): Der Wert öffentlicher Güter. Bericht der Kommission „Öffentliche Güter“ der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

Vogel, Berthold (2015): Wettbewerb der Ideen in den Regionen (im demogra-

phischen Wandel). WISO diskurs (Langfassung); WISO direkt (Kurzfassung) (gemeinsam mit Jens Kersten und Claudia Neu), FES, Bonn.

Presseartikel

Vogel, Berthold (2015): Der freundliche Provokateur: Zum Tode des Soziologen Ulrich Beck, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ), 25.01.2015.

Vogel, Berthold (2015): „Andere kommen voran, man selbst tritt auf der Stelle“; Interview in „Psychologie heute“, Heft 9/2015, S. 12–14.

Personalia

Andrea Hense arbeitet seit dem 1. September 2015 am SOFI, zunächst auf einer halben Stelle im DFG-Projekt „Grenzüberschreitende Bildungsverläufe“. Mit einer weiteren halben Stelle ist sie im Rahmen der Sozioökonomischen Berichterstattung 3 an der Universität Bielefeld beschäftigt. Mit dem Auslaufen dieses Arbeitspakets wird sie ganz ans SOFI wechseln.

Dr. Gerd Paul ist nach über 15 Jahren am SOFI zum 31. März 2015 in den Ruhestand gegangen. Wir wünschen ihm für den neuen Lebensabschnitt alles Gute und hoffen, auf seine reiche Expertise auch in Zukunft zurückgreifen zu können.

Milena Prekodravac ist seit dem 1. September 2015 am SOFI auf einer Promotionsstelle im Projekt „Grenzüberschreitende Bildungsverläufe“ am beschäftigt.

Dr. Stefan Rüb ist seit dem 1. September 2015 am SOFI beschäftigt. Er bearbeitet das Projekt „Arbeitgeber und die Transnationalisierung der Arbeitsbeziehungen“, das zusammen mit Prof. Dr. Hans Platzer (Hochschule Fulda) durchgeführt wird.

Dr. Jennifer Villarama: Die Fragen nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit werden im Institut künftig ein stärkeres Gewicht haben. Für die neu geschaffene Stelle „Kommunikation und Koordination“ konnten wir Frau Dr. Jennifer Villarama gewinnen, die zuvor als Koordinatorin des DFG-Graduiertenkollegs „Raum und Geschlecht“ an den Universitäten Kassel und Göttingen tätig war. Frau Dr. Villarama ist seit dem 1. Oktober am Institut.

Prof. Dr. Berthold Vogel wurde in die Expertenkommission „Arbeit der Zukunft“ berufen. Ende Mai hat die von der Hans-Böckler-Stiftung eingesetzte Kommission in Berlin unter der Leitung des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann ihre Arbeit aufgenommen. Die Kommission befasst sich mit dem weiten Spektrum der Veränderungen der Erwerbsarbeit. Digitalisierung und Arbeitslosigkeit sind ebenso Themen wie Demografie und Gesundheitsschutz. Weitere Informationen unter: http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/52614_54248.htm

Dr. Marliese Weißmann hat im Februar 2015 ihre soziologische Dissertation zum Thema „Kampf um Zugehörigkeit. Modi der Inklusion von Arbeitslosen“ erfolgreich und mit dem Prädikat Summa cum laude an der Universität Leipzig verteidigt.

Xiling Yang hat im Oktober 2015 ihre Promotion über Biokonsum in China und Deutschland abgeschlossen, auf der Grundlage eines Lichtenbergstipendiums im Rahmen des Promotionskollegs „Biodiversität und Gesellschaft“.

SOFI-Forschungskolloquium Wintersemester 2015/16

Freitag, 30.10.2015

Marcel van der Linden (Universität Amsterdam):

Informalizing the Economy: The Return of the Social Question at a Global Level

Freitag, 27.11.2015

Thomas Haipeter (Universität Duisburg-Essen):

Interessen und Interessenvertretung von Industriangestellten. Gelegenheitsstrukturen, Framing und Ressourcen

Freitag, 11.12.2015

Julian Nida-Rümelin (Ludwig-Maximilians-Universität München) – mit einem Kommentar von Martin Baethge (SOFI):

Der Akademisierungswahn
Veranstaltungsort: Alfred-Hessel-Saal (Historisches Gebäude der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek; Papendiek 14)

Freitag, 08.01.2015

Markus Wieck (SOFI):
Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Freitag, 15.01.2015

Michael Faust (SOFI):
Wieviel „Finanzmarktkapitalismus“ gibt es in Deutschland? Indikatoren der Kontroll-Finanzialisierung von 1990 bis heute.

Freitag, 12.02.2015

Berthold Vogel (SOFI):
Perspektiven justizsoziologischer Forschung

Soweit nicht anders angegeben: Jeweils Freitag, 14.15 Uhr bis 16.30 Uhr, im Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI), Friedländer Weg 31
 Texte für die Kolloquien können jeweils etwa eine Woche vor den Sitzungen im Institut für Soziologie und im SOFI oder per E-Mail bei erika.beller@sofi.uni-goettingen.de bezogen werden.